Gespräch mit dem Präsidenten des Staatlichen Amtes für Atomsicherheit und Strahlenschutz (SAAS)

Die Stasi beobachtete genau, wie die Bürgerinnen und Bürger der DDR auf das Unglück in Tschernobyl reagierten. Heraufziehende Ängste und Unzufriedenheiten, so befürchtete die Geheimpolizei, könnten womöglich die politischen Verhältnisse destabilisieren.

Der Super-GAU im sowjetischen Kernkraftwerk in Tschernobyl am 26. April 1986 war der bis dahin schwerste nukleare Unfall bei der zivilen Nutzung der Kernkraft. Die unkontrolliert entwichene Radioaktivität war immens, und die Langzeitfolgen der Strahlenbelastung halten bis heute an.

Für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR bedeutete Tschernobyl eine Herausforderung: Unmittelbar musste der politische und ideologische Schaden für die SED-Diktatur begrenzt werden. Das Credo "Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen" wirkte nach dem Unglück hohl. Das eigene ehrgeizige Kernenergieprogramm verlor merklich an Vertrauen, basierten die Reaktoren doch ebenfalls auf sowjetischer Technik.

Zudem erhielt die ostdeutsche Anti-Atomkraft-Bewegung Zulauf. Weil sie in Opposition zur Kernenergiepolitik, zur Umweltpolitik und zur Informationspolitik der SED-Führung stand, wollte die Staatssicherheit sie nun konsequent bekämpfen.

Auch der Wirtschaft der DDR drohte Schaden: Die Bundesrepublik, ein wichtiger Abnehmer von Lebensmitteln aus Ostdeutschland, ließ aus Angst vor verstrahlter Ware die Lieferungen nicht mehr ohne weiteres über die Grenze.

Die Stasi kam nicht umhin, den Unmut der Bevölkerung zur Kenntnis zu nehmen. Gerade die verharmlosende und unzureichende Berichterstattung in DDR-Medien sorgte für Ärger. Denn durch das "Westfernsehen" waren die Bürger über das wahre Ausmaß des Unglücks durchaus im Bilde, und der Kontrast zur Berichterstattung in der DDR war offensichtlich.

Der Stasi war es wichtig, die Ängste der Bürger vor der Zukunftstechnologie Atomkraft nicht überhand nehmen zu lassen. Proteste gegen die Kernkraft wie im Westen sollten unbedingt verhindert werden. Zu einem Vermerk über ein Gespräch mit dem Präsidenten des SAAS, Georg Sitzlack, notierte Stasi-Chef Mielke handschriftlich, was die Arbeit der Stasi im Umgang mit Tschernobyl fortan prägen sollte: "unter Kontrolle halten" - er wollte also weiterhin genau informiert werden und beauftragte seinen Apparat, Unruhe unter der Bevölkerung entgegenzuwirken.

Signatur: BStU, MfS, HA VII, Nr. 1333, Bl. 256

Metadaten
Datum: 6.5.1986

Gespräch mit dem Präsidenten des Staatlichen Amtes für Atomsicherheit und Strahlenschutz (SAAS)

Hauptabteilung XVIII/5 Berlin, 6. Mai 1986

BStU
000256

unter Kontrolle halten. Mi

Gespräch mit dem Präsidenten des Staatlichen Amtes für Atomsicherheit und Strahlenschutz (SAAS) Genossen Prof. Sitzlack am 6. 5. 1986

Genosse Prof. S i t z l a c k wurde über Reaktionen von Werktätigen der Kernkraftwerke Lubmin und Stendal sowie über Diskussionen unter Studenten der Universität Greifswald auf die Havarie im Kernkraftwerk Tschernobyl informiert.
Genosse Prof. Sitzlack erklärte hierzu, daß die verantwortlichen staatlichen Leiter der Kernkraftwerke Lubmin und Stendal, einschließlich der Leiter der dortigen Baustellen, über eindeutige Kenntnisse über die Sicherheit unserer Kernkraftwerke, die Unterschiedlichkeit unserer Typen zum Typ in Tschernobyl verfügen und über die Regime zur Verhinderung von Störungen und Havarien bzw. deren Beseitigung informiert sind.
Es liegt in ihrer Verantwortung, die in den Kernkraftwerken Beschäftigten entsprechend aufzuklären, zu schulen und zu informieren.
Genosse Prof. Sitzlack wird die zuständigen Minister informieren und um die Gewährleistung einer sachlichen Information und Aufklärung in den genannten Bereichen bitten.

Hinsichtlich der Zweifel der Studenten der Universität Greifswald zur Durchführung von regelmäßigen radioaktiven Messungen in der DDR kann auf bisherige und zukünftige Veröffentlichungen in unseren Medien verwiesen werden. Dabei könnte bei Studenten der Chemie im Grunde eigene Sachkenntnis über den nicht zutreffenden Zusammenhang von Luftaktivitäten und akuten Erkrankungen vorausgesetzt werden.
Bei den Spätfolgen, welche nach Meinung der Studenten zu erwarten sind, wird von spekulativen westlichen Positionen ausgegangen, die wissenschaftlich nicht zu beweisen sind.
Die gegebenen Hinweise wird Genosse Prof. Sitzlack nutzen, um die für Presse, Rundfunk und Fernsehen durch das SAAS zu erarbeitenden Argumentationen entsprechend zu präzisieren.
Außerdem wird er dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR vorschlagen, zur nächsten Sitzung des Ministerrates an alle Minister die erforderlichen Hinweise zu geben.

Signatur: BStU, MfS, HA VII, Nr. 1333, Bl. 256

Blatt 256